



Tägliche Omaha Tribune

PUBLISHED AND DISTRIBUTED UNDER PERMIT (No. 364), AUTHORIZED BY THE ACT OF OCTOBER 3, 1917, ON FILE AT THE POST OFFICE OF OMAHA, NEBR. BY ORDER OF THE PRESIDENT A. S. BURLISON, POSTMASTER-GENERAL

35. Jahrgang.

Omaha, Neb., Mittwoch, den 3. Sept. 1919.

4 Seiten.—Nr. 149.

Keine Mildungen für Oesterreich

Militäre erklären, daß Oesterreichs Volk die Verantwortung für den Krieg zu tragen hat; die Grenzbestimmungen bleiben

Nationalversammlung tritt Samstag zusammen

Paris, 3. Sept. — Folgendes ist die Antwort der Militäre auf die Einwände der oesterreichischen Friedensdelegation gegen die ihnen gestellten Bedingungen: „Nachdem die Friedensdelegation die Einwände der oesterreichischen Delegation eingehend geprüft hat, kommen sie zu dem Entschluß, daß die Behauptung, Oesterreich könne nach der Auflösung der oesterreichisch-ungarischen Monarchie nicht als Feind betrachtet werden darf, nicht als Grund für eine Ermäßigung der Bedingungen der Friedensdelegation in allgemeinen den Forderungen des Ultimatums nach, außer jenen, welche die Unterwerfung des Landes betraf. Aber dennoch verwarf die oesterreichische Regierung alle Anträge, eine Konferenz einzuberufen, welche in der Streitfrage vermitteln sollte und begann die Verhandlungen gegen Serbien, wodurch der Weltfriede in Gefahr wurde. Es hat sich nunmehr herausgestellt, daß dieses Ultimatum weiter nichts war, als eine bloße Entschuldigung, den Krieg vom Jänner zu brechen, auf welchen die autokratische Regierung in Wien, in enger Verbindung mit den Herrschern Deutschlands, lange vorbereitet war und den wichtigsten Zeitpunkt für einen solchen als gekommen betrachtete. Das Vorhandensein oesterreichischer Geschütze bei der Belagerung von Lüttich und Namur ist ein weiterer Beweis, wenn es eines solchen überhaupt noch bedarf, der engen Verbindung der Regierungen in Wien und Berlin in deren Verhinderung gegen Gesetz und Freiheit Europas.“

Die oesterreichischen Delegationen haben gegen die Maßnahmen Protest erhoben, welche Bezug auf die Beziehungen zu den neuen Staaten, die aus dem früheren Oesterreich-Ungarn hervorgegangen sind, haben. Das ist unangenehm. Die alliierten und assoziierten Mächte beabsichtigen keineswegs die Lage Oesterreichs zu verschlimmern; man wird vielmehr alles tun, dieselbe zu verbessern. Dieses aber darf nicht auf Kosten der neuen Staaten im früheren Oesterreich-Ungarn geschehen. In Bezug auf die wirtschaftlichen Maßnahmen haben die Militäre erhebliche Willkürungen vorgenommen. Es ist vorgesehen worden, daß Oesterreich Koble von Tschecho-Slovakia und Polen erhält, dafür hat Oesterreich gewisse Rohmaterialien zu liefern. Fragen, die Nationalitäten in Oesterreich betreffen, sind von einer Kommission zu erledigen, zu welcher Oesterreich Vertreter entsendet. Die Entschädigungsfrage wird angehängt werden, die Bestimmungen in summarischer Weise durchzuführen; sie wird der Rahmungsmittelebene gebührende Beachtung schenken.

In den Grenzbestimmungen kann nichts geändert werden. Für Tschecho-Slovakia haben die Militäre die historischen Grenzen des alten Königreichs Böhmens festgelegt; nur in zwei Fällen, wo es das ökonomische Interesse des neuen böhmischen Staates gebot, sind zu Ungunsten Oesterreichs Änderungen gemacht worden.

Im Falle von Jugoslawien haben die Militäre, soweit dieses eben möglich war, den sprachlichen Grenzen Rechnung getragen. Betreffs Ungarn sind an Oesterreich etliche Distrikte mit deutschsprachiger Bevölkerung abgetreten worden. In Tyrrol hat man Italien die Alpenregion, welche die Italiener lange gewünscht haben, zugesprochen.

Die alliierten und assoziierten Mächte machen die oesterreichische Delegation darauf aufmerksam, daß in dem Friedensvertrag spezielle Maßnahmen zum Schutz kleinerer Gemeinden vorgesehen worden sind. Es wird dadurch für Großstädte unmöglich sein, die politische Freiheit kleiner Nachbarstädte zu bedrohen.

Unter internationalen Bestimmungen wird Oesterreich Zugang zum Meer zu Wasser und zu Lande gewährt werden. Die Arbeiterklausel gewährleistet den Arbeitern Oesterreichs Rechte und verbessert deren Lage. Politische und Sprachrechte der Minorität Oesterreichs werden aufrecht gehalten werden.

Die Willkür, in welche Oesterreich hoffentlich baldig aufgenommen werden wird, ist nicht nur dazu da, die Rechte aller Vertragsmächte zu sichern, sondern wird auch Änderungen im Vertrag, wenn solches nötig ist, vornehmen. Dieses sollte man nicht außer Acht lassen.“

Im Schluß verweisen die Militäre auf die politische Freiheit der alliierten und assoziierten Mächte darauf, daß sie jetzt in Bezug auf den Friedensvertrag mit Oesterreich das letzte Wort gesprochen haben.

Kanzler Dr. Renner, Vorsitzender der Friedenskommission ist sofort mit den Bedingungen nach Wien abgereist, um dieselben der Nationalversammlung, die nächsten Samstag zusammentritt, zur Annahme zu unterbreiten.

Oesterreich wird annehmen.

London, 3. Sept. — Eine Wiener Depesche an die Zeitung „Am Mittag“ meldet, es sei sicher, daß die oesterreichische Nationalversammlung die Bedingungen annehmen werde. Es verlautet, daß die Bestimmungen einer oesterreichisch-deutschen Union dem Vertrag opponieren werden; die Annahme derselben aber ist durch die Christlichsozialen und Sozialdemokraten verbürgt.

London, 3. Sept. — Der britische Botschafter in Wien wurde von bolschewistischen Seetruppen in der Ostsee angegriffen und verlor ein Bein der Besatzung erkrankten.

Interessantes aus der Bundeshauptstadt

Washington, D. C., 3. Sept. (Special-Korrespondenz.) Der Präsident hat am 25. August in einer Zuschrift an den Kongreß um einjährige Verlängerung des Besatzungskontrollgesetzes vom 22. Mai 1918 und um eine Zulassungsbewilligung von \$750,000 für das Staats-Departement für das laufende Fiskaljahr, also bis zum 30. Juli 1920, ersucht, um die Kosten zu betreiben. Mit Friedensschluß tritt das Gesetz automatisch außer Kraft. Eine sehr große Auswanderung von Europa nach den Vereinigten Staaten wird erwartet. Durch Ausdehnung der Besatzungskontrolle sollen solche Personen fern gehalten werden, welche nicht allein als zukünftige Bürger unwürdig sind, sondern auch diejenigen, deren Abwanderung und Verbindungen es unratlich machen, daß ihnen gestattet wird, die Vereinigten Staaten zu betreten.“ Nach Angabe des Präsidenten haben die während des Krieges gemachten Erfahrungen gelehrt, daß man von einem tüchtigen System der Besatzungskontrolle, durchgeführt vom Staats-Departement mit Hilfe der diplomatischen und Konsular-Beamten in fremden Ländern, mit Bestimmtheit die Ausschließung aller Personen erwarten kann, deren Zulassung für die Vereinigten Staaten gefährlich oder gegen das öffentliche Interesse wäre.“

Es liegt dem Präsidenten offenbar daran, die Einwanderung von Volksgewissen und Unstärken ähnlicher Art zu verhindern. Es ist behauptet worden, daß dem Präsidenten vor allen Dingen daran zu tun sei, einer eventuellen deutschen Massenwanderung einen Riegel vorzuschieben. Das ist jedoch aus dem Wortlaut der Besatzungskontrolle des Präsidenten an den Kongreß vom 25. August nicht ersichtlich. Es ist vielmehr anzunehmen, daß mit den Personen, deren Abwanderung und Verbindungen es unratlich machen, ihnen das Betreten der Vereinigten Staaten zu gestatten, die japanische und chinesische Einwanderung gemeint sind.

Einwanderungs-Gesetzgebung ist zur Zeit wieder einmal in den Vordergrund des Interesses getreten. Die Besatzungskontrolle in jeder Kongress-Sitzung die Aufmerksamkeit unserer Volksvertreter, von denen eine ganze Anzahl dieses Gebiet der Gesetzgebung als das geeignetste Feld für bigarr-naturwissenschaftliche Einfallstrahlen, Einwanderungs-Beschränkungs-Vorlagen erregen stets allgemeine Aufmerksamkeit und machen von sich und ihren Antragstellungen reden. Das Törichte in dieser Beziehung hatte sich, wie noch allgemein erinnerlich sein dürfte, Senator Henry Lee Myers von Montana geleistet. Er hatte allen Ernstes beantragt, die Einwanderung von Deutschen und Oesterreichern sollte für einen Zeitraum von fünfzig Jahren verboten werden. Auf den Vorbehalten dieser Anknüpfungs-Vorlage hat sich der Senator, der trotz seines Namens in seinen stammesverwandtschaftlichen Beziehungen zu den zahlreichen Meyers, Meyers und Meyers steht, gründlich ausgesprochen, denn selbst der „Congressional Record“ hat seither nichts Neues von ihm zu berichten gewagt.

Am 6. Juni hatte das „Baby“ des Senats, Pat Harrison, von Mississippi, welcher am 29. August das achtunddreißigste Lebensjahr vollendete und infolge dessen das jüngste Mitglied unseres „Herrenhauses“ ist, eine Vorlage eingereicht, welche alle Einwanderung auf einen Zeitraum von fünf Jahren hin verbieten sollte. Ausgenommen wurden darin nur solche Einwanderer, die wegen religiöser Verfolgung ihr Heimatland verlassen hatten, um in den Armeen unserer Alliierten gegen die Zentralmächte zu kämpfen. Zahlreiche Bestimmungen der Vorlage bezogen sich auf ausländische Seeleute und ihre Behandlung.

Im Monat August wurden zwei Einwanderungs-Vorlagen eingereicht, weil allgemeines Interesse erregten. Die eine wurde dem Senat von William Ross Dillingham von Vermont unterbreitet, einem der ältesten Mitglieder des Oberhauses unserer Gesetzgebungs-Körperschaft. Sie bestimmte, daß in jedem Fiskal-Jahre von irgend einem Lande nicht mehr als fünf Prozent der Zahl der aus ihm stammenden Bewohner der Vereinigten Staaten zugelassen werden sollen, und zwar sollte der letzte Fiskus die maßgebende Zahl dafür sein. Im

Columbus als Beispiel für andere Städte

Die Bürger dieses Städtchens haben in ihrem ersten Bericht \$743.50 für die deutschen Flüchtlinge an die Omaha Hilfs-Gesellschaft gesandt. — Jetzt sollte aber das Werk auch in andern Gegenden des Staates mit allem Ernste beginnen.

Heute morgen wurden wir durch folgende Zuschrift aus Columbus erfreut, zu der wir nur sagen können, möge die edle Tat in andern Städten und Ortschaften von Nebraska

(Fortsetzung auf Seite 2.)

„Doppelt gibt, wer schnell gibt“, sollte die Lösung sein

Das Deutsche Volk Kreuz hat um die Zulassung von fondonstrierter Milch gebeten.

Auf zur raschen Tat!
Hörst du des Sommers Ruf erklingen,
Der alten Heimat über Meer:
Wer kann und will uns Hilfe bringen,
Dem deutschen Volke, kummernd schwer?

Hörst du der Siegen Weiser Namen,
Siehst du deiner Kinder Hungerklagen,
Dietrich in reichen Vorratskammern
Dier ruht der Armen reiches Leben?

Wenn nur ein kleines Hütchen Liebe
In einen deutschen Dergen flammte,
Dann laßt es an die edlen Triebe,
Zu helfen rasch dem Heimatland.

Dann lobet es in heißem Feuer
Der Bruderliebe über Meer;
Der Heimat, die uns traut und liebt,
Zu helfen fällt doch keinem schwer.

Drum her mit euren Liebesgaben,
So rasch ihr könnt, so viel ihr könnt;
Daß wir die Armen drüben haben,
Sei mancher Wissen uns mißgönnt.

Auf, auf ans Werk, Ihr Deutschen alle,
Und reich den Hungerigen Brot—
„Wir helfen uns in Not und Tod!“
Emil Meyer.

Die ergreifenden obigen Worte sollten sich mitlobig gefühlte Leute zur Richtschnur nehmen und rasch geben, denn die Not in Deutschland und Deutschösterreich ist groß, wie aus täglichen Berichten hervor geht.

Die Omaha Hilfs-Gesellschaft hat mit ihrer Sendung von 1000 Kannen kondensierter Milch nach Deutschland und Deutschösterreich das Richtige getroffen, denn am Samstag hat die New Yorker Hilfs-Gesellschaft auf ihre Anfrage hin vom Deutschen Roten Kreuz das folgende Kabelgramm erhalten: „Vielen Dank für vielversprechenden Anfang. Bitte, Milch zu senden.“

Die New Yorker haben die ersten \$40,000 ihrer Gelder für Milch verwandt und davon \$30,000 für Deutschland und \$10,000 für Deutsch-Österreich.

Die Omaha Hilfs-Gesellschaft hat ihre erste Sendung von 1000 Kannen kondensierter Milch in genau denselben Verhältnis zwischen den beiden Ländern verteilt.

Morgen abend hält der Vorstand der hiesigen Gesellschaft im Musikverein eine Versammlung ab und Freitag nachmittag verammelt sich die Frauensektion im Musikverein.

Finanzbericht.
Bisher veröffentlicht... \$4536.91
E. R. Splittgerber, Wame.
Nebr., 100.00

\$4636.91
Schecks sind ausstellen auf Gustav Hausen, Finanz-Sekretär, 1423 Leavenworth Str., Omaha, Nebr. Auf ihn ausgestellt Schecks können von Lesern auch an die Tribune gesandt werden, die sie an Herrn Hausen übergeben wird.

Herr Splittgerber aus Wame, ist der erste, der einen Liberty Bond für das edle Hilfswerk einsandte. Er hat damit Manchen den Weg gezeigt, wie das gute Werk gefördert werden kann und sollte er Nachahmer finden.

Amerika muß Europa Milliarden borgen

Lebensmittel in den Ver. Staaten werden binnen kurzem einen riesigen Preissturz erfahren.

Paris, 3. Sept. — Der Nahrungsmittel-Exporteur der Welt, Herbert Hoover, erklärte vor dem Kongress-Komitee, das mit der Untersuchung der Kriegsausgaben betraut ist, daß es für die Ver. Staaten zwingend ist, Europa einen Kredit von \$3,000,000,000 bis \$4,000,000,000 auf die Dauer von anderthalb bis zwei Jahren zu gewähren, um einen Markt für den amerikanischen Lebensmittel zu schaffen und Europa vor einer Katastrophe zu bewahren.

Ein ungeheurer Preissturz der Nahrungsmittel in den Ver. Staaten kann in ein paar Monaten erwartet werden, sagte Hoover. Die Spekulanten haben das Ende ihrer Macht erreicht und sind nicht länger imstande, Vorräte aufzuhäufen, weil Europa nicht in der Lage ist, diese Waren zu kaufen. Warenhändler in Amsterdam, Rotterdam, Kopenhagen und Stockholm sind mit amerikanischen Lebensmitteln überflutet, aber es gibt keinen Ankauf für dieselben, da jene Länder, welche der Lebensmittel bedürfen, kein Geld haben, dieselben zu kaufen.

Spekulanten der ganzen Welt sind für die gegenwärtige Teuerung verantwortlich, indem sie Virtualitäten anhäufen in der Hoffnung, sie zu hohen Preisen zu verkaufen, deren Hoffnungen aber haben sich nicht erfüllt.

Gewähren die Ver. Staaten den Kredit nicht, dann wird eine gefährliche Lage geschaffen werden. Während der Dauer des Krieges bedrückten sich die amerikanischen Produzenten und wenn nicht permanente Märkte für dieselben geschaffen werden, dann ist eine katastrophale Reaktion unabwendbar.

Die amerikanischen Farmer müssen vor allen Dingen berücksichtigt werden; deren Produkte muß ein guter Markt garantiert werden.

Kühlräume-Geflügel beschlagnahmt

Spokane, Wash., 3. Sept. — Auf Befehl des Bundesrichtersgerichts haben Bundesmarschälle 92,000 Pfund gefrorenes Geflügel in den hiesigen Kühlräumen beschlagnahmt und zwar unter der Angabe, daß dasselbe eine ungebührlich lange Zeit darin gehalten wurde. Die folgenden Firmen sind betroffen:

Armour & Co., 1,382 Pfund; Dennington Produce Company, 21,941 Pfund; Wading Doule Market, 51,736 Pfund; Commercial Creamery Company, 17,000 Pfund.

Kämpfe zwischen Polen u. Deutschen

Breslau, 3. Sept. — Polnische Jungmänner in Oberhiesien haben die Stadt Bytom, in welcher sich eine deutsche Garnison befand, gestürmt und eine Anzahl deutscher Offiziere getötet, so meldet die Breslauer Zeitung. Die Deutschen haben Panzerzüge nach Wloclawce abgedrängt, wo es verabschiedlich zwischen Polen und Deutschen zum Gefecht gekommen ist.

Kapitalisten- und Arbeiterkonferenz

Washington, 3. Sept. — In den Tagen zwischen dem 5. und 10. Oktober wird die von Präsident Wilson in Voranschlag gebrachte Konferenz von Vertretern der Arbeiter und Kapitalisten in Washington stattfinden. Um gefühlte vierzig Vertreter werden zu derselben eingeladen werden.

Ueberblick der Eisenbahnen

Washington, 3. Sept. — Im Juli hat zum ersten Mal seit vielen Monaten der Regierungsbetrieb der Bahn in einem Monat einen Ueberblick anstatt ein Defizit gezeigt. Generaldirektor Hines sagte heute, daß der Nettogewinn im Juli \$77,000,000 ausmachen würde. Der Nettoverlust der Regierung in 7 Monaten betrug \$290,526,307.

Britischer Flieger getötet.
London, 3. Sept. — Brigadegeneral Charles Lee, einer der hervorragendsten Flieger Englands, wurde am 2. Sept. mit seinem Aeroplan ab und wurde auf der Stelle getötet.

Präsident Wilsons großer Zirkelschwung

In seinem Gefolge befindet sich ein kleines Heer von Korrespondenten, Photographen, Filmleuten und Geheimpolizisten

Er wird frei und ohne jeden Konzept sprechen

Washington, 3. Sept. (United Press.) Präsident Wilson wird heute Abend Washington für seine Reisetour, die 10,000 Meilen umfaßt, verlassen, um zu berichten, dem Volke der Vereinigten Staaten die Ueberzeugung beizubringen, daß der Friedensvertrag in seiner jetzigen Fassung vom Senat ratifiziert werden soll. Er wird versuchen, auf die öffentliche Meinung einen Druck auszuüben, damit die Senatoren, welche dem Vertrag opponieren, einschwenken. Die meisten Reden wird Wilson weitlich von Chicago halten, denn die Administration ist der Ansicht, daß sich in jenem Gebiet der Vereinigten Staaten die stärkste Strömung gegen den Vertrag geltend macht. Besondere Aufmerksamkeit wird der Pacific-Region gewidmet werden; die dortige Bevölkerung soll nach Ansicht ihrer Senatoren auf Japan wegen der Schantung Angelegenheit organisch sein.

Am 13. September wird Präsident Wilson auf der Höhe von Seattle seine über die Pacific-Flotte abgeben.

Eines der Hauptargumente Wilsons zwecks Herbeiführung der Ratifikation des Friedensvertrags wird wahrscheinlich darin bestehen, daß die industrielle Unruhi und die Teuerung nicht eher geboben werden kann, bis wirklicher Friede durch die Ratifikation des Vertrags wieder hergestellt worden ist. Er wird in seinen Reden darlegen, weshalb die Vereinigten Staaten unbedingt der Völkerliga angehören müssen und wieder dem Volke persönlich über die „Wenn“ und „Aber“ auf der Pariser Friedenskonferenz Bericht erstatten und die Arbeiten der Friedenskonferenz befehlen.

Herr Wilson hat nicht Zeit gehabt, seine Reden auszuarbeiten; er wird an Hand von Notizen, die er auf seiner Reise niederschreibt, sprechen. Sollten seine Opponenten keinen Spuren folgen und versuchen, seine Behauptungen zu widerlegen, dann wird er ihnen die Antwort nicht schuldig bleiben, so daß der Kampf um die Ratifizierung des Friedensvertrags in eine Debatte ausarten mag, die sich über das ganze Land erstreckt.

Ueber 25 Zeitungskorrespondenten werden Herrn Wilson auf seiner Reise begleiten, desgleichen ein ganzes Corps von Photographen und Aufnehmern von Wandelbildern. Gleich nach einer gehaltenen Rede wird die sich gebotene Szene mittels Wandelbilder dem Volke im ganzen Lande gezeigt werden.

In Begleitung des Präsidenten befinden sich dessen Privatsekretär

Armeen über den Grenzvorfall beunruhigt

Washington, 3. Sept. — Das Kriegsamt wird den antiligen Bericht des Generalmajors Dickman abwarten, bevor es Schritte tut, wegen des Angriffs auf den Flieger Kapitän D. B. McElabb von Bedford, Ind., der bei einem Flug an der mexikanischen Grenze von der mexikanischen Seite aus angeschossen wurde. In militärischen Kreisen hält man den Fall für schwerwiegender als die kürzliche Zurückhaltung der amerikanischen Flieger zwecks Erlangung von Lösegeldern, da sich der Verdacht erhebt, daß es vielleicht reguläre mexikanische Truppen waren, von denen das Schicksal ausging.

War amerikanischer Bürger.

Der Bandit, der am 28. August Adam Schaefer, einen amerikanischen Bürger in Jacatecas, ermordete, ist laut Berichten, die im Staats-Departement eingelaufen, von mexikanischen Truppen erlitten worden. Eine Depesche vom amerikanischen Konsul aus Salina Cruz meldet, daß Schaefer ein naturalisierter Bürger war. Schaefer hatte bei seiner Ermordung viel Geld an sich für die Zahrlöse der Mine, in welcher er beschäftigt war. Seine Mutter wohnt in Hoopburg, Va.

Washington, 3. Sept. (United Press.) Präsident Wilson wird heute Abend Washington für seine Reisetour, die 10,000 Meilen umfaßt, verlassen, um zu berichten, dem Volke der Vereinigten Staaten die Ueberzeugung beizubringen, daß der Friedensvertrag in seiner jetzigen Fassung vom Senat ratifiziert werden soll. Er wird versuchen, auf die öffentliche Meinung einen Druck auszuüben, damit die Senatoren, welche dem Vertrag opponieren, einschwenken. Die meisten Reden wird Wilson weitlich von Chicago halten, denn die Administration ist der Ansicht, daß sich in jenem Gebiet der Vereinigten Staaten die stärkste Strömung gegen den Vertrag geltend macht. Besondere Aufmerksamkeit wird der Pacific-Region gewidmet werden; die dortige Bevölkerung soll nach Ansicht ihrer Senatoren auf Japan wegen der Schantung Angelegenheit organisch sein.

Am 13. September wird Präsident Wilson auf der Höhe von Seattle seine über die Pacific-Flotte abgeben.

Eines der Hauptargumente Wilsons zwecks Herbeiführung der Ratifikation des Friedensvertrags wird wahrscheinlich darin bestehen, daß die industrielle Unruhi und die Teuerung nicht eher geboben werden kann, bis wirklicher Friede durch die Ratifikation des Vertrags wieder hergestellt worden ist. Er wird in seinen Reden darlegen, weshalb die Vereinigten Staaten unbedingt der Völkerliga angehören müssen und wieder dem Volke persönlich über die „Wenn“ und „Aber“ auf der Pariser Friedenskonferenz Bericht erstatten und die Arbeiten der Friedenskonferenz befehlen.

Herr Wilson hat nicht Zeit gehabt, seine Reden auszuarbeiten; er wird an Hand von Notizen, die er auf seiner Reise niederschreibt, sprechen. Sollten seine Opponenten keinen Spuren folgen und versuchen, seine Behauptungen zu widerlegen, dann wird er ihnen die Antwort nicht schuldig bleiben, so daß der Kampf um die Ratifizierung des Friedensvertrags in eine Debatte ausarten mag, die sich über das ganze Land erstreckt.

Ueber 25 Zeitungskorrespondenten werden Herrn Wilson auf seiner Reise begleiten, desgleichen ein ganzes Corps von Photographen und Aufnehmern von Wandelbildern. Gleich nach einer gehaltenen Rede wird die sich gebotene Szene mittels Wandelbilder dem Volke im ganzen Lande gezeigt werden.

In Begleitung des Präsidenten befinden sich dessen Privatsekretär

Sen. LaFollette wird Gelvorlage gefährlich

Washington, 3. Sept. — Freunde der Ueberwachungs-Vorlage im Senat wollen zum „Cloture“-Verfahren greifen, um die Debatte zu beenden, falls dies notwendig ist, um die Vorlage zur Annahme zu bringen. Beunruhigt durch den langen und entschlossenen Kampf des Senators LaFollette gegen die Vorlage, haben die Senatoren vor einigen Tagen mit der Herunternahme der „Cloture“-Petition begonnen, und jetzt die nötigen 16 Unterschriften erlangt.

Senator Thomas hat bekannt gemacht, daß, falls die Vorlage heute nicht angenommen wird, er die Petition unterbreiten wird und dann wird der Senat zwei Tage später über den Antrag abstimmen. Die Debatte zu erledigen. Eine Zweidrittel-Stimmengahl ist dazu nötig. Senator Smead hat angekündigt, daß er heute eine Nachfristung fordern wird, falls die Vorlage während der Tagung nicht angenommen wird.

Senator LaFollette griff die Zeitungen des Landes an und erklärte, sie würden „kontrolliert.“

„Ich stellte das 1912 in Philadelphia fest, und sie verdammen mich dafür und verdammen mich eine Zeitlang aus ihren Spalten“, sagte er.

Der Redner erklärte, es gebe nicht mehr als vier oder fünf Publikationen, die nicht über 200,000 Abonnenten hätten, welche nicht durch die Morgan-Standard Oil- und Allieranteninteressen“ kontrolliert werden und welche frei seien, „Kritiken der Mächte zu drucken, die das industrielle Leben der Nation beherrschen.“

Sindem er die Monopole abermals angriff, sagte Senator LaFollette, Präsident Wilson sei 1912 auf sein Versprechen hin erwählt worden, „mit der Kontrolle einer Handvoll Leute aufzuräumen“ und das Land von einem Monopol zu befreien, aber daß er „niemals einen Finger gerührt habe, sein Versprechen einzulösen oder einen Versuch offiziell unter dem Kriminalgesetz zu verfolgen.“

Darlehen für Estland.

Kopenhagen, 3. Sept. — Die Ver. Staaten haben Estland einen Kredit von \$50,000,000 bewilligt; das Geld soll größtenteils zur Beschaffung für amerikanische Waren, die nach Estland geschickt worden sind, verwendet werden.

Wetterbericht

Für Omaha und Umgebung: leicht Regenreicher heute abend und Donnerstag. Keine Veränderung in der Temperatur.

Für Iowa: meist bewölkt heute abend und Donnerstag. Vielleicht Regenreicher im westlichen Teil. Keine Veränderung in der Temperatur.